

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den 2. Jahrgang. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichsbankstellen und den Postämtern 2 Mk. im Voraus, bei Zahlung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,40 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichsbankstellen und den Postämtern 1,20 Mk. im Voraus, bei Zahlung durch die Post 1,30 Mk., bei Postbestellung 1,40 Mk. Einzelnummern 5 Pf. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. In der Redaktion sind alle Anzeigen entgegengenommen. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich. — Abrechnung eingetragener Geschäftsverhältnisse erfolgt nur, wenn diese beiliegen. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weisheit, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Verlagspreis: Bei Abnahme in den Reichsbankstellen und den Postämtern 2 Mk. im Voraus, bei Zahlung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,40 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich. — Abrechnung eingetragener Geschäftsverhältnisse erfolgt nur, wenn diese beiliegen.

Nr. 47. 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2840. Mittwoch den 24. Februar 1926.

Deutsche Kulturnot.

Die Inflation bedeutete nicht nur den finanziellen Untergang eines großen Teiles des Mittelstandes, sondern sie bedeutete auch den Niedergang der besten Teile, der Quellen unseres Geisteslebens. Der Verlust ist mindestens ebenso schwer zu tragen als jener andere. Das Sinken der besten Schichten des Mittelstandes in das Proletariat bedeutet nicht nur ein Schmalwerden jener Quellen, sondern bedeutet ein Verschlagen. In dieser Beziehung hat die Geschichtsauffassung recht, welche sagt: Hochstrebendes Gelfesteben ist auf die Dauer nur möglich auf der Grundlage finanzieller Unabhängigkeit. Im allgemeinen wie im besonderen. Gewiß kann es im Dasein der Völker Zeiten geben, wo neben äußerer Abhängigkeit oder Verflorung doch innere Freiheit und geistiger Aufschwung besteht; Preußen in der Zeit von 1807 bis 1813 ist ein Beispiel dafür. Und wie es im Leben der Völker geschieht, so auch oft im Dasein des einzelnen. Doch sind das Ausnahmen. Wirtschaftlicher Niedergang und geistig-kulturelles Emporkommen haben sich im Laufe der Geschichte immer widersprochen.

Hierin liegt auch für das deutsche Volk eine schwere Gefahr. Denn nach der Inflation kommt jetzt die Zeit, da wir vom Ausland finanziell und wirtschaftlich weitgehend abhängig sind, einen Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft immer unter dem Gesichtspunkt und nur soweit erfolgen lassen dürfen, als sie sich in den Dienst des Auslandes stellen muß. Man mag an den Gelehrten Spengler denken, der ja die Kultur für längst in die Zivilisation übergegangen erklärt. Kultur ist Leben, Zivilisation ist Dasein. Und wenn Dasein im Reichsstag eine große Kundgebung veranstaltet worden ist für Aufrechterhaltung der deutschen Kultur, so muß man der Befürchtung Ausdruck geben, daß jene angebotenen finanziellen Hemmungen stärker sind als alle Wünsche. Es ist ja alles so unjagbar wahr, was der Reichsanwalt Dr. Luthert in der Sitzung ausführte, daß die Not der Zeit dem geistigen Arbeiter die finanzielle Sicherheit des Schaffens in weitem Maße zerstört hat, daß aber auch weiter die finanzielle Bewertung der geistigen Arbeit ebenso gelitten hat wie ihre ideale Wertung. In der allgemeinen Not ist gerade die Not der Freischaffenden die größte. Schon beim Nachwuchs wirkt sich das aus; die freien schönen sorglosen Zeiten des Studententums sind dahin und an ihre Stelle trat das schwerarbeitende Werkstudententum. Aber auch diese finanziellen Hilfsmittel sind verfliegen und es bleibt ein frommer Wunsch, wenn der Reichsanwalt für unseren Nachwuchs hofft, einmal anrufen zu dürfen, einmal die ganze Weltlichkeit geistigen Schaffens in sich aufzunehmen, ohne zu indizieren um des Brotes willen.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Not unserer Zeit spiegelt sich wider in unserem Nachwuchs, sondern auch die geistig-politische, diese vielleicht noch stärker wie jene. Die innere und äußere politische Not unseres Volkes wird dort manchmal härter und temperamentvoller empfunden wie an anderen Stellen. Unsere Jugend drängt sich zur politischen Betätigung und hierin sieht der Reichsanwalt doch ein deutsches Zeichen einer inneren Kraft. Sieht ein deutsches Zeichen auch des Ringens nach Neuem und um das Neue. Und — glaubt daher nicht an den „Untergang des Abendlandes“. Nicht in der Kunst, nicht in der Literatur, vor allem nicht in der Wissenschaft. Wir können mit Selbstbewußtsein feststellen, sagte er, daß Deutschland dabei nicht ganz hinten marschieren, sondern ganz vorn steht. Luther will Optimist sein, weil dieser Optimismus, dieser rechte Glaube an das Vorwärtstommen dieses Vorwärtstommen überhaupt erst ermöglicht.

Der Vorsitzende der Versammlung, Dr. Otto Everling, drückte das vielleicht noch drastischer aus: „Haut die Bestimmtheit!“ Auch er glaubt daran und hofft darauf, daß ein Volk, dessen Führerschaft in solcher Einfachheit und harter Arbeit aufwache, Aussicht habe, das tüchtigste Volk der Erde zu werden.

Die Kirchengesetzgebung in Italien.

Ein Einspruch des Papstes. Das dem Vatikan nahegehende Blatt „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein Handschreiben Pius XI. an den Kardinalstaatssekretär Gaspari, wonach noch einmal ausdrücklich in Abrede gestellt wird, daß die italienische Novelle zur Kirchengesetzgebung durch den Umstand der Teilnahme einiger Prälaten an den Vorbereitungen die Billigung des heiligen Stuhls gefunden habe. Es seien im Gegenteil von der Gegenseite aus den Ratsschlüssen der hinzugezogenen Geistlichen nicht die richtigen Schlüsse gezogen worden.

Da dieses Gesetz nunmehr durch das Parlament in Kraft gesetzt werden soll, fühlt sich der Papst zu der Erklärung verpflichtet, daß er das Recht zur Gesetzgebung in einer solchen Sache niemand einräumen könne, wenn nicht vorher entsprechende Verhandlungen mit dem heiligen Stuhl geführt worden seien. Solche Verhandlungen und Abkommen seien jedoch unmöglich, solange der heilige Stuhl und der Papst in der ungerechten Lage verbleiben müßten, die man ihnen bereitet habe.

England gegen weitere Ratsitzte.

Briand für Befähigungsverminderung?

Nach einer aus London kommenden Mitteilung hätte der französische Ministerpräsident Briand der britischen Regierung sein Einverständnis zu der Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland von 75 000 auf 60 000 Mann erklärt. Dazu bemerkt der Londoner „Daily Telegraph“: Diese Tatsache erledigt die in unbestimmter Form vorgebrachte Idee eines französisch-deutschen Kompromisses, wonach bei Zustimmung Deutschlands zur Gewährung eines ständigen Ratssitzes an Polen Frankreich der vollständigen Räumung der Rheinlande noch in diesem Jahre zustimmen werde.

Im englischen Unterhause fand eine von 400 Abgeordneten besuchte Versammlung des parlamentarischen Völkerbundkomitees statt, in der eine vom Vorsitzenden Sir Ellis Hume Williams eingebrachte Resolution einstimmig angenommen wurde. In der Resolution heißt es: Das parlamentarische Völkerbundkomitee billigt durchaus nicht den Vorschlag, daß die Sonderversammlung des Völkerbundes im März, die nur einberufen worden sei um Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen und ihm einen ständigen Ratssitz zu verleihen, dazu benutzt werde, weitere fundamentale Änderungen in der Zusammensetzung des Rates vorzunehmen.

Das Komitee sei der Meinung, daß jeder weiteren Vergrößerung des Rates schwere Bedenken gegenüberstehen, und fordere daher die englische Regierung auf, allen solchen Bestrebungen tatkräftigen Widerstand entgegenzusetzen.

Die „Times“ schreiben in einem große Beachtung findenden Artikel: Es ist jetzt sehr schwer und im Hinblick auf einige jüngst auf dem Kontinent gemachte Äußerungen tatsächlich nahezu unmöglich, den Verdacht loszuwerden, daß der Vorschlag, Polen, Spanien und Brasilien im nächsten Monat zu ständigen Mitgliedern des Rates zu machen, auf die Schaffung eines Gegengewichtes gegen die Stimme Deutschlands abzielt. Die „Times“ bezeichnet einen solchen Plan als töricht und weist auf die Rede Chamberlains hin, in der er sich gegen die Vorstellung wandte, daß im Völkerbund ein Gleichgewicht zwischen rivalisierenden Gruppen hergestellt werden müsse.

Spanien und Brasilien.

Das Madrider Blatt „Liberal“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Außenminister, in der dieser die Blättermeldung dementiert, daß Spanien gegen einen

ständigen Ratssitz Deutschlands im Völkerbunde stimmen würde, wenn Deutschland seinerseits die Erteilung eines ständigen Sitzes an Spanien ablehne. Der Minister erklärte, die Regierung habe bisher eine solche Entscheidung nicht getroffen. Spanien wache über seine Interessen und verleihe seinen Anspruch auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat, auf den es dank seiner Verdienste ein Recht habe.

Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro hat der brasilianische Außenminister eine Erklärung abgegeben, in der er Brasiliens Anspruch auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat bekräftigt. Brasilien beabsichtige nicht, Schwierigkeiten zu verursachen, sondern es wünsche lediglich, zur Stärkung des Einflusses des Völkerbundes beizutragen und in diesem Sinne an seinen Arbeiten teilzunehmen. Auch Jugoslawien soll neuerdings nach einem Sitz im Völkerbundrat streben.

Für Deutschlands Kolonialansprüche.

In dem Pariser Blatt „Colonis“ beschäftigt sich der sozialistische Abgeordnete Fontanier mit Deutschland und den Kolonialmandaten. Er sagt dabei u. a.: Der Gedanke, einen volkreichen und industriellen Staat wie Deutschland all seiner Kolonien zu berauben, könne natürlich und logisch nur Männern erscheinen, deren Gesinnung von Haß unnebelt sei, wie etwa Clemenceau oder einem Vorkämpfer der englischen Imperialisten, wie es Lloyd George gewesen sei. Dieser Gedanke aber sei, um einen maßvollen Ausdruck zu gebrauchen, ein sicherer Irrtum. Die deutsche Regierung habe unablässig gegen diese Bestimmung des Friedensvertrages protestiert. Die Frage werde nicht durch eine einfache und einseitige Ablehnung gelöst werden. Wie hoffen, so schreibt Fontanier, daß es den Regierungen der interessierten Mächte möglich sein wird, Lösungen zu finden, die der Gerechtigkeit mehr entsprechen als die bisherige Lösung.

Grenze der zweiten Befähigungszone.

Über die Verhandlungen zur Festlegung der Befähigungsgrenze der zweiten Zone erfährt man in Koblenz auf Anfrage beim Reichskommissariat folgendes: Es handelt sich nur um eine Vereinfachung der Grenze durch die Regulierungskommission, bei der im Einvernehmen mit den britischen deutschen Stellen der tatsächliche Grenzverlauf, so wie er in Artikel 429 des Versailler Vertrages bestimmt wurde, im Gelände festgelegt werden soll. An der Reise nehmen teil Landrat Heumann als Beauftragter des Reichskommissariats und je ein Vertreter der drei Befähigungsgarnen.

Lebhafte Tätigkeit der Rifleute.

Krankheits Schwierigkeiten in Marokko.

Nach einer Havasmeldung aus Rabat ist an der gesamten französischen Marokkokolonie gegenwärtig eine lebhafte Tätigkeit der Rifleute im Gange, die überall Handfeste versuchen. Besonders in der Gegend von Kenia und Berraberin läßt Abd-el-Krim unablässig angreifen. Die Rifleute verstärken ihre Propaganda besonders in der Gegend des Wergla, wo sie die Stämme, die sich noch nicht unterworfen haben, dazu veranlassen, die französischen Posten zu überfallen.

Der Korrespondent des „Temps“ in Rabat macht in einem Bericht über die allgemeine Lage in Marokko die französische Öffentlichkeit auf die bestehenden Schwierigkeiten für Frankreich aufmerksam: er schreibt: Abd-el-Krim versteht es gut, die Stämme an sich zu fesseln. Er führt ihre Herden und ebenso die für die Ernährung notwendigen Getreidevorräte hinter seine Linien, so daß die Stämme ihm wohl oder übel Gefolgschaft leisten müssen. Auch der Ehrgeiz ist ein Motiv, das verschiedene Stammeshäuptlinge, die von Abd-el-Krims Erfolgen eine Erhöhung ihres Ansehens und ihrer Macht erhoffen, veranlaßt, ihn zu unterstützen. Diese Umstände in Verbindung mit kleinen, unwesentlichen Erfolgen seiner vorgeschobenen Posten geben Abd-el-Krim ständig Propaganda Möglichkeiten. Und es ist sehr schwer, dieser Propaganda Einhalt zu gebieten, weil die Agenten des Rifführers, mit Sprache und Sitten vertraut, sich überall unauffällig bewegen können. Da ferner die Marokkaner von Natur aus dazu neigen, jede noch so unbedeutende Sache zu übertreiben, so findet diese Propagandatätigkeit Abd-el-Krim einen fruchtbaren Boden. — Demnach scheint sich also die Meldung aus französischer Quelle, die von einer Rebellion gegen Abd-el-Krim zu berichten wußte, nicht zu bestätigen.

Die Berliner „Grüne Woche“.

Butterkonservierung — Kartoffelsorgen. Der Verein zur Förderung der Butterkonservierung stellt als Veranstaltung der „Grünen Woche“ seine dritte Mitgliederversammlung ab. Im Geschäftsbericht hob der Geschäftsführer, Oberreferent Dr. Moritz, hervor, daß

die wünschenswerte rasche Einführung der Grünunterkonservierung in die breite Praxis auch unter der Ägide der wirtschaftlichen Verhältnisse stark leide. Gegenüber dem Stande im Sommer 1923 habe sich die Zahl der Silos, etwa 6000, um mehr als 100 % erhöht, sie bedeute aber im Verhältnis zur Viehzahl herzlich wenig. Bezüglich der Rückzahlung der gewährten Silokredite müßten Erleichterungen eintreten. Huttergutbesitzer Deide berichtete über die Methoden der Futterkonservierung in Amerika.

Auch die Kartoffelbaugesellschaft hielt im Rahmen der „Grünen Woche“ ihren zehnten deutschen Kartoffeltag ab. Direktor Dr. Ruhn-Stettin und Domänenpächter Ehlermann-Luhn sprachen über das Thema: „Wie ist der Kartoffelbau unter den heutigen Verhältnissen noch rentabel zu gestalten?“ Der erste Redner erklärte, die Erzielung einer Rente sei unter den heutigen Verhältnissen unmöglich. Ökonomierat Dr. Lothar Meyer-Dahlem sprach über die Arbeitsmethoden und Arbeitsaufwendung beim Kartoffelbau. In seinem Referat über wirtschaftspolitische Zeit- und Streitfragen mit Bezug auf den Kartoffelbau betonte der Hauptgeschäftsführer Janz-Berlin, daß bei den Handelsverträgen, besonders auch mit Italien, die Interessen der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Kartoffelbaues preisgegeben worden seien. Der deutsche Kartoffelbau müsse durch die Einführung von Valuta-schußwällen geschützt werden. — Mit der Tagung war eine reichhaltige Ausstellung der verschiedensten Kartoffelsorten verbunden.

Bertragung des Gemeindefusses.

Geschäftsführer Dr. Lünzler zurückgetreten. Der Gemeindefuß des Preussischen Landtages setzte sein Programm für seine weiteren Tagungen fest. Danach sollen in der nächsten Woche noch einige Fragen vernommen werden, u. a. will der Ausschuss auch nochmals die Fragen Meyer und von Fengen hören. Außerdem soll eine Auskunft darüber eingeholt werden, wann feinerzeit der Haftbefehl des Reichswehrministers gegen Schulz abgelassen war. Zum Schluß erörterte der Ausschuss die Modalitäten, unter denen demnächst im Untersuchungsgegenstandes Raabitz der Oberleutnant Schulz und der Feldwebel Klapproth verurteilt werden sollen. Hierauf verlegte sich der Ausschuss auf unbestimmte Zeit.